Die Verfassung des Marktes Leibnitz im 17. und 18. Jahrhundert

Von Dr. Ferdinand Tremel.

Leibnitz, bekanntlich der Nachfolger des alten Flavia Solva, hat sein Marktrecht ziemlich früh erhalten, sicher vor 1170, denn in diesem Jahre wird der Markt ausdrücklich erwähnt.¹ Da die Burg Seckau unter Erzbischof Konrad I. (1106 bis 1147) erbaut wurde,² ist die Verlegung des Marktes aus Altenmarkt in das heutige Leibnitz wahrscheinlich in die gleiche Zeit oder doch nur wenig später anzusehen. Die günstige Lage des Marktes, die häufige Anwesenheit des Erzbischofs, auch die Tatsache, daß Leibnitz der Verwaltungsmittelpunkt des ziemlich ausgedehnten salzburgischen Besitzes war, ließ den Markt rasch aufblühen, doch konnte Leibnitz niemals Stadtrecht erhalten.

Das Gebiet des Marktes gehörte verwaltungsrechtlich durch das ganze Mittelalter zum Erzbistum Salzburg, erst 1535 wurde es an die Steiermark angeschlossen und auch weiterhin blieb Leibnitz Patrimonialmarkt; bis 1595 war der Erzbischof Grundherr, dann schenkte er es dem Bischof von Seckau, der die Grundherrschaft bis 1848 behielt.

Aber den Werdegang der Verfassung in Leibnitz sind wir ebensowenig unterrichtet wie über den der anderen Städte und Märkte der Steiermark;³ die Verfassung des Marktes tritt uns im 17. Jahrhundert als etwas Vollendetes, seit alters her Eingelebtes entgegen, so daß anzunehmen ist, daß die Verfassungseinrichtungen des 17. Jahrhunderts zumindest in ihren wesentlichen Zügen schon im Mittelalter geschaffen worden waren.

Bürger war, wer ein Haus im Markte besaß. Wollte ein Fremder das Bürgerrecht erwerben, mußte er sich „häuslich ankaufen“, einen bestimmten Ein-

¹ J. v. Zahn, Urkundenbuch d. Hgt. Steiermark, 1. Bd., S. 481, n. 514.

² Ein Kastellan wird 1136 genannt (Zahn, Urkundenbuch I., S. 296, n. 285), daher muß die Burg damals schon bestanden haben. Vgl. R. Baravalle, Steirische Burgen und Schlösser, 1. Bd., S. 40 ff., der allerdings über die Errichtung der Burg nichts sagt. Aber das Ganze s. S. Leyfert, Über die Ortsnamen Altendorf, Altenmarkt, Neumarkt und ähnliche in Zeitschrift d. Hist. Ver. f. Stmk., XX. Jg., S. 132 ff.

³ Quellen für das Folgende sind die Ratsprotokolle des Marktes Leibnitz 1619—1782, die im steirischen Landesarchiv im Spezialarchiv Leibnitz eingeordnet sind. Vgl. H. Pirchegger, Geschichte der Steiermark, 1740—1919, Graz 1934, S. 106 ff. und die dort angeführte Literatur.

standsbeitrag — meist 20 Gulden — zahlen und den Bürgereid leisten.⁴ Die Vertretung der Bürgerschaft des Marktes war der Rat, der in der Regel mit Einschluß des Richters zwölf Mitglieder zählte. Diese Zahl wurde jedoch keineswegs immer erreicht, besonders in den letzten Jahrzehnten vor der josephinischen Gemeinde-, regulierung war die Zahl der Ratsbürger meist geringer, ein Zeichen des sinkenden Interesses an der Selbstverwaltung der Gemeinde im Zeitalter des Absolutismus. Von den Mitgliedern bildeten acht den sogenannten inneren Rat, die restlichen vier waren die Vorgeher.

Die Vorgeher waren die Vertrauensleute der Bürgerschaft gegenüber dem inneren Rat. Der Name „Vorgeher“ drückt die Aufgabe dieser Männer deutlich aus: sie sollten den übrigen Bürgern vorangehen, wenn es galt, die Rechte und Freiheiten der Bürger gegenüber dem Magistrate und gewiß auch gegenüber dem Marktherrn zu schützen und zu verteidigen oder Anschläge gegen das Gros der Bevölkerung, die Zünfte und die in ihnen vertretenen Handwerker, abzuwehren. Die Vorgeher wurden von der gesamten Bürgerschaft gewählt, sie konnten dieses Amt nach zweijähriger Amtszeit wieder zurücklegen — was in der Regel auch geschah — und waren in den inneren Rat wählbar. Die Stelle war allen Bürgern zugänglich mit Ausnahme der Fleischhauer und Bäcker; diese beiden lebenswichtigen Gewerbe blieben als die einzigen stets vom Rate ausgeschlossen, man fürchtete offenbar, daß sie einen Sitz im Rat für eigensüchtige Sonderzwecke zum Schaden der Gesamtheit mißbrauchen könnten. Noch 1753 wurde ein Antrag, die Vorgeherstelle auch den Bäckern und Fleischhauern zugänglich zu machen, abgelehnt. Selbstverständlich waren auch alle Angestellten des Marktes — Marktschreiber, Mauteinnehmer usw. — vom Rate ausgeschlossen; nahm ein Vorgeher eine solche Stelle an, so mußte er sein Amt als Vorgeher niederlegen.

Die Einrichtung der Vorgeher war keine Besonderheit von Leibnitz; wir finden Vorgeher nicht nur in St. Ruprecht an der Raab, das ja das Leibnitzer Recht übernommen hatte, sondern unter der Bezeichnung „Vierer“ — nach der Anzahl der Vertreter so genannt — oder „Genannte“ in den meisten steirischen Städten und Märkten, allerdings mit teilweise recht stark abweichenden Befugnissen.⁵ Wohl zu unterscheiden von den Vorgehern sind die Viertelmeister, von denen später noch zu reden sein wird.

Der i n n e r e R a t ergänzte sich selbst aus den Vorgehern. Starb oder resignierte ein Ratsmitglied, so wählten die restlichen „Ratsfreunde“ einen der Vorgeher als neues Mitglied in den inneren Rat. Die Mitgliedschaft im inneren Rat dauerte in der Regel lebenslanglich. Dem Rate oblag die Überwachung aller Marktangelegen-

⁴ Aber die Herkunft der Neubürger sind wir leider nur für die Jahre 1705—1711 untersucht; in diesen sieben Jahren wurden 33 neue Bürger aufgenommen, von denen 3 aus Leibnitz, 16 aus der übrigen Mittelsteiermark, 4 aus Untersteier, je 2 aus Kärnten und aus Schwaben und je 1 aus Böhmen und aus Franken kamen. Die Herkunft der restlichen 4 Neubürger ist unbekannt.

⁵ So in Mureck und Radkersburg (lt. frol. Mitteilung von StR. Dr. Lamprecht) und in Schladming (A. Mell-E. v. Müller, Steirische Laidinge, Nachträge, Wien 1913, S. 65) unter der Bezeichnung „Vierer“, in Rottenmann (Steirische Laidinge, a. a. O., S. 109), Vorderberg und Eisenerz (J. Freudenthaler, Eisen auf immerdar! Leoben 1936, S. 140) unter dem Namen „Genannte“.

heiten, er verwaltete das Vermögen der Gemeinde, bestimmte Brot- und Fleischpreise, entschied über die Aufnahme neuer Bürger, bestellte die Viertelmeister, Brotwäger, Fleisch- und Feuerbeschauer, ernannte die Angestellten des Marktes, sorgte für rechtes Maß und Gewicht, nahm die Rechnungslegung der Vormünder und Testamentvollstrecker entgegen und unterstützte den Richter bei der Rechtsprechung.

In besonderen Fällen, wenn der Rat zu keinem Entschluß kommen konnte, fand eine Befragung der Bürgerschaft, eine Art Volksabstimmung, statt. Das war zum Beispiel im Jahre 1628 der Fall, als Hochwasser die Sulmbrücke schwer beschädigt hatte und sich der Rat nicht einig werden konnte, ob man eine neue Brücke oder eine Wehr zum Schutze der alten erbauen solle. Die Abstimmung wurde in der Form durchgeführt, daß die Viertelmeister von Haus zu Haus gingen und die Stimmen der Bürger entgegennahmen.

An der Spitze des Marktes stand der M a r k t r i c h t e r. Die erste Erwähnung eines solchen fällt ins Jahr 1257.⁶ Sein Amt verdankte der Richter der Wahl durch die gesamte Bürgerschaft. Zu diesem Zwecke wurden den Bürgern durch den Rat zwei Mitglieder des inneren Rates „vorgestellt“. Die versammelte Bürgerschaft wählte dann durch einfache Stimmenmehrheit den Richter aus den beiden vorgestellten Ratsherren. Die Richterwahlen waren vollkommen frei; es stand in keines Bischofs Macht, die freie Wahl der Bürger aufzuheben oder das Amt nach seinem Gutdünken einem Bürger zu nehmen oder zu geben.⁷ Diese freie Wahl ist auf steirischem Boden sonst nur noch in dem ebenfalls salzburgischen, beziehungsweise feldkirchischen Markte St. Ruprecht an der Raab anzutreffen, in den anderen steirischen Städten und Märkten bedurfte der Richter der Bestätigung durch den Stadt- oder Marktherrn,⁸ in einigen Orten hatte die Gemeinde nur ein Vorschlagsrecht,⁹ in Schladming wurde der Richter vom Landesfürsten ernannt.¹⁰

Die Amtsdauer des Markttrichters betrug ein Jahr, nach Ablauf des Jahres trat der Richter zurück, wurde jedoch in der Regel vom Magistrat auf ein weiteres Jahr bestätigt. Erst nach zweijähriger Amtszeit erfolgte die endgültige Resignation und die Neuwahl durch die Bürgerschaft. Eine Wiederwahl widersprach den Gebräuchen.

Die Vorschrift, daß nach zwei Jahren ein neuer Richter gewählt werden mußte, fand nicht immer einhelligen Beifall. So hatte sich zum Beispiel der Markttrichter Weber in seiner Amtszeit (1704—1705) das Vertrauen der Bürgerschaft in so großem Maße erworben, daß ihn diese bei der Neuwahl auf ein drittes Mal wählte. Der Richter bedankte sich, lehnte aber ab und auch der Magistrat entschied, daß eine

⁶ Zahn, Urkundenbuch, 3. Bd., S. 324, n. 235.

⁷ Vgl. die Erzählung über die Wahl des Matthias Frey in den Statuten von Sankt Ruprecht an der Raab (J. Bischoff-N. Schönbach, Steirische und Kärnthische Laidinge, Wien 1881, S. 201). In der ebenfalls salzburgischen Stadt Pettau wurde der Richter nach dem alten Recht vom Jahre 1376 vom Rat gewählt und vom Erzbischof bestätigt. (J. Bischoff, Das Pettau Stadtrecht, Wien 1887, S. 26 f.)

⁸ So in den salzburgischen Hofmarken Haus und Gröbming (Steirische Laidinge, Nachträge, S. 76 ff.) und in dem freisingischen Markt St. Peter am Kammerberg (S. Futter in Blätter für Heimatkunde, 7. Jg., S. 76).

⁹ J. B. in Pöllau (Steirische und Kärnthische Laidinge, S. 134 f.) und Vorau (a. a. O., S. 110).

¹⁰ Steirische Laidinge, Nachträge, S. 64 f.

Wiederwahl ungültig sei. Darauf begann die Bürgerschaft zu murren und zu schreien und den Richter zu bitten, sich doch noch ein drittes Jahr „gebrauchen“ zu lassen. Aber der Rat lehnte dies trotz allen Bittens und Drängens „wegen übler Konsequenz“ ab. Das Ergebnis dieses Streites war, daß die Bürger die Wahl eines neuen Richters verweigerten, worauf der Rat die Wahl selbst vornahm.

Anders endete ein ähnlicher Fall im Jahre 1755. Damals sprach der Fürstbischof den Wunsch aus, der zurücktretende Marktrichter möge bleiben. Auf dieses Ersuchen hin stellte der Rat zwar wie gewöhnlich zwei seiner Mitglieder, aber außerdem auch den abtretenden Richter den Bürgern zur Wahl vor; diese entschieden sich auch mit einer allerdings sehr geringen Mehrheit für die Wiederwahl.

Der Richter führte den Vorsitz im Rat und leitete als solcher dessen Sitzungen und Verhandlungen. Er hatte die Rechte des Ortes zu schützen und zu wahren, er überwachte die Einhebung der Steuern und Abgaben, handhabte die Ortspolizei und übte die Strafrechtspflege aus. Die hohe Gerichtsbarkeit stand allerdings nicht ihm, sondern dem fürstbischöflichen Richter auf Schloß Seggau zu.¹¹

Das Richteramt nahm die ganze Arbeitskraft des Mannes in Anspruch, daher empfing er eine angemessene Befoldung; diese wurde im Jahre 1704 neu geregelt. Der Richter erhielt nun jährlich an Gehalt 25 Gulden, dazu für die Mahlzeiten 10 Gulden, für die Übernahme von Aicht und Bann 4 Gulden und für die Einbringung der Steuern 10 Gulden, zusammen also 49 Gulden. Außerdem standen ihm ein Drittel der Mauteinnahmen und von jedem im Markte niedergelegten Startin Wein sechs Pfennige zu.

Gegenüber Richter und Rat hatten die übrigen Amtsträger der Gemeinde wenig zu bedeuten. An erster Stelle unter diesen sind die *Viertelmeister* zu nennen, deren es — so wie Vorgeher, mit denen sie aber nicht verwechselt werden dürfen — vier gab, entsprechend der Einteilung des Marktes in vier Viertel: Oberer Markt, unterer Markt, Schmiedgasse und Grazer Gasse. Für jedes dieser Viertel wurde vom Rat auf zwei Jahre ein Viertelmeister bestellt, dem die Überwachung seines Viertels, die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Aufsicht über Wege und Straßen und die Durchführung von Abstimmungen oblag. In Kriegszeiten waren sie die Anführer der Bürgerwehr ihres Viertels und auf diese Aufgabe wird die Schaffung des Amtes in Leibnitz ebenso wie in Graz zurückgehen.¹²

Anderer Gemeindefunktionäre seien nur kurz aufgezählt. Da gab es einen Ziegelmeister, der die Aufsicht über den Ziegelofen des Marktes führte, einen Mautner, der die Einhebung der Maut auf der Landschabrücke über die Mur überwachte, zwei Brotwäger, zwei Fleischbeschauer und vier Rauchfangbeschauer, deren Aufgaben sich aus der Bezeichnung ergeben. Die drei letztgenannten Ämter waren Ehrenämter, die vom Rate auf zwei Jahre vergeben wurden.

Der angesehenste Angestellte des Marktes war der *Marktschreiber*. Er kam im Range hinter den Mitgliedern des inneren Rates vor den Vorgehern.

Der große Tag der Leibnitzer Bürger war Petri Stuhlfeier (22. Februar). An

diesem Tage fand zunächst eine feierliche Ratsitzung statt, in der die oben genannten Amtsträger bestellt und allenfalls, wenn nämlich in der abgelaufenen Funktionsperiode eine Lücke entstanden war, ein oder mehrere Vorgeher in den inneren Rat aufgenommen wurden. War der Rat aufgefüllt, so wurden die Bürger, die sich inzwischen schon im Rathause versammelt hatten, in den Saal gerufen. Darauf, „in concursu civico“, also im Beisein aller Bürger, erfolgte der feierliche Eid der Neubürger und die Wahl so vieler Vorgeher durch die Bürger, als durch die Aufnahme von Vorgehern in den inneren Rat, durch Resignation oder Tod notwendig geworden war, um die Vierzahl wieder zu erreichen. Nachdem so der Rat wieder vollzählig war, legte der Richter sein Amt nieder und übergab den Vorsitz dem ältesten Ratsfreund. Dieser fragte die Bürger, ob sie gegen den abtretenden Richter eine Beschwerde vorzubringen hätten — was fast nie der Fall war —, und schritt dann zur Neuwahl. Zu diesem Zwecke bestimmte der Rat durch schriftliche Wahl zwei seiner Mitglieder und stellte diese den Bürgern als Bewerber vor. Nachdem die beiden Kandidaten den Saal verlassen hatten, stimmten die Bürger ab. Mit der feierlichen Einholung des neuen Richters war der offizielle Teil des Tages zu Ende. Ein vom Rat bewilligter Trunk für alle Bürger beschloß die Festlichkeit.¹³

Wie gezeigt wurde, wies die Verfassung des Marktes die Form einer Pyramide auf, deren Spitze der Richter und deren Basis die Bürgerschaft war und in der sich das übergeordnete Organ jeweils aus dem unmittelbar unter ihm stehenden ergänzte. Ein stark konservativer Grundzug ist unverkennbar; der Ausschluß der „Inwohner“ macht die Verfassung zu einer oligarchischen, das hatte Leibnitz mit den anderen steirischen Städten und Märkten gemein. Innerhalb der Bürgerschaft herrschte allerdings völlige Gleichheit, denn die Ausschaltung der Fleischhauer und Bäcker aus den Ämtern war nicht als Herabsetzung dieser Stände gedacht. Insofern kann von einem stark demokratischen Einschlag gesprochen werden, der sich namentlich in der Möglichkeit von Bürgerabstimmungen äußerte.

Sehr ausgeprägt war die Achtung vor dem alten Herkommen, vor der Gewohnheit. Sie war die Kraft, die sich allen Neuerungsbestrebungen — und waren sie noch so unbedeutend — entgegenstellte. Ihre Hüterin war der Rat, der eifrig darüber wachte, daß nichts geschah, was den alten Gewohnheiten widersprach.

Obwohl sich der Rat aus den Vorgehern, also der Bürgerschaft, ergänzte, kam er oft in Gegensatz zur letzteren, die ihm ihr Mißtrauen mehrmals deutlich genug aussprach. Es wäre daher verfehlt, im Rat einen Spiegel der öffentlichen Meinung zu sehen. Sowie aber der Rat seine Stellung gegen alle Bemühungen von unten wahrte, so auch gegen Machtgelüste von oben, von seiten des Richters. Am Verbot der Wiederwahl des Richters hielt er strenge fest, die Furcht vor einer Diktatur — die den Leibnitzern im übrigen höchstens aus italienischen Beispielen bekannt sein konnte — überwog alle anderen Rücksichten.

Eigenartig und anders als bei den übrigen steirischen Märkten war das Verhältnis zum Marktherrn, dem kein Rechtsmittel zustand, in die inneren Angelegenheiten des Marktes einzugreifen.

¹³ Vgl. die schöne Darstellung der Wahl des Stadtrichters und des Rates in Fürstfeld bei H. Lange, Eine steirische Stadt im 17. Jahrhundert. Graz 1890, S. 8 ff.

¹¹ Erläuterungen zum historischen Atlas der österreichischen Alpenländer, 1. Abt., 1. Teil, Wien 1917, S. 240.

¹² S. Popelka, Geschichte der Stadt Graz, 1. Bd., Graz 1928, S. 480.

Mindestens bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts blieb die Verfassung trotz gelegentlicher Unzufriedenheit einzelner Bürger oder Bürgergruppen im Fühlen und Denken der Bevölkerung fest verankert; man war stolz auf die alten Freiheiten und die bürgerlichen Rechte. Erst in der späteren theresianischen Zeit begann allmählich ein Umschwung; die bürgerlichen Ämter, die bislang den Einzelnen geehrt hatten, wurden zur lästigen Pflicht, der man sich nach Möglichkeit zu entziehen trachtete; Herrngunst wurde höher geschätzt als Vertrauen und Achtung der Mitbürger. Die Verödung der Ratsitze spricht eine deutliche Sprache. Der absolute Staat nahm mit seinen Patenten und Kurrenden dem Bürger nicht nur die alten Freiheiten, sondern auch das Bewußtsein ihres Wertes. So war der Boden schon vorbereitet, als Kaiser Joseph II. mit seinen Reformen das alte System zertrümmerte.

1790

Der 1. März 1790

Die 1790er Jahre waren eine Zeit der großen Umwälzungen in Europa. In Österreich begann die Reformen des Kaisers Joseph II. zu wirken, die die alten Privilegien der Stände aufhoben und die Verwaltung zentralisierten. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die Reformen des Kaisers Joseph II. waren nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Justiz und der Kirche durchzuführen. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die Reformen des Kaisers Joseph II. waren nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Justiz und der Kirche durchzuführen. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die Reformen des Kaisers Joseph II. waren nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Justiz und der Kirche durchzuführen. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die Reformen des Kaisers Joseph II. waren nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Justiz und der Kirche durchzuführen. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die 1790er Jahre waren eine Zeit der großen Umwälzungen in Europa. In Österreich begann die Reformen des Kaisers Joseph II. zu wirken, die die alten Privilegien der Stände aufhoben und die Verwaltung zentralisierten. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Die Reformen des Kaisers Joseph II. waren nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Justiz und der Kirche durchzuführen. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Der 1. März 1790

Der 1. März 1790

Die 1790er Jahre waren eine Zeit der großen Umwälzungen in Europa. In Österreich begann die Reformen des Kaisers Joseph II. zu wirken, die die alten Privilegien der Stände aufhoben und die Verwaltung zentralisierten. Dies führte zu erheblichen Widerständen in den Provinzen.

Der 1. März 1790